



Die Auswirkungen der Zwischenwahlen in den USA 2018 auf die transatlantischen Handelsbeziehungen

Christian Tuschhoff

Europäische und insbesondere Deutsche Eliten haben eine sehr klare Vorstellung von internationalen Handelsbeziehungen. Sie befürworten eine liberale auf multilaterale Institutionen abgestützte Ordnung. Diese Ordnungsvorstellung (Deudney/ Ikenberry 2018; Ikenberry 2018; Posen 2018) setzt sich zusammen aus vier Kernelementen:

1. Kooperative Handelsbeziehungen sind für alle Beteiligten von Vorteil, da sie Effizienzgewinne durch Spezialisierung und Arbeitsteilung erzeugen. Die Schwächen der einen Seite liegen komplementär zu den Stärken der anderen Seite, sodass sich beide wechselseitig unterstützen: Europa exportiert seinen Überschuss an Gütern, Amerika seinen Überschuss an Dienstleistungen und Kapital.
2. Zwischen den Politikfeldern Sicherheit und Wohlfahrt internationaler Beziehungen wird eine Trennung vorgenommen: Wirtschaftsbeziehungen dienen der Wohlfahrt und folgen deshalb *nicht* dem sicherheitspolitischen Streben nach Autonomie und Unverwundbarkeit.
3. Handelsbeziehungen beruhen auf multilateralen Vereinbarungen und Institutionen.
4. Wenn Konflikte auftreten, werden diese durch internationale Gerichtsbarkeit bindend beigelegt.

Über lange Zeit konnte sich dieses Ordnungsmodell auf den Konsens zwischen Eliten beiderseits des Atlantiks stützen. Transatlantische Handelsbeziehungen beruhen auf der gesellschaftlichen Basis, die Peter

Katzenstein als „Atlantikmitte“ beschrieben hat (Katzenstein 2009).

Die gesellschaftliche Basis traditioneller Handelsbeziehungen zwischen USA und Europa

Auf amerikanischer Seite bestand diese Basis auf dominanten und politisch durchsetzungsfähigen Gruppen mit eindeutig internationalen Wirtschaftsinteressen. Sie bildeten das politische Establishment und waren vor allem in der Republikanischen Partei politisch verankert. Wesentlich dabei waren:

- ◆ Wirtschaftsvertreter (Manager), großer transnationale Unternehmen insbesondere im Finanzsektor;
- ◆ Eliten aus amerikanischen Metropolen (vor allem auch an den beiden Küsten);
- ◆ Führungskräfte in der Republikanischen Partei einschließlich deren Arm im Senat und Repräsentantenhaus;
- ◆ Dominierende Denkfabriken¹ wie das *American Enterprise Institute*, das *Council of Foreign Relations*, die *Heritage Foundation*, das *Cato Institute*; die *Brookings Institution* oder der *Center for International and Strategic Studies*;
- ◆ Journalisten von national oder sogar international tätige Medien unterstützen diese soziale Gruppe durch wohlwollende Berichterstattung und Kommentierung;
- ◆ Insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften gibt es einen sehr breiten Konsens über den wechselseitigen Nutzen kooperativer Handelsbeziehungen (Frieden/ Lake/ Schultz 2016; Tuschhoff 2015), sodass auch die

¹ Über den sogenannten Drehtüreffekt besetzten Vertreter dieser Eliten auch immer

wesentliche Positionen in den Administrationen oder im Kongress;

Wissenschaft zu der sozialen Basis zu rechnen ist.

Kurz, die gesellschaftliche Basis transatlantischer Handelsbeziehungen beruhte auf amerikanischer Seite auf Personen und Institutionen, die den traditionellen Konservatismus sowie Ideen des liberalen Kapitalismus vertraten.

Spätestens mit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump wurde aber offenkundig, dass diese soziale Basis nicht mehr die handelspolitisch dominante und durchsetzungsfähige Gruppierung in den USA darstellte. Den transatlantischen Handelsbeziehungen ist die tragende gesellschaftliche Basis weggebrochen.²

Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren Machtverschiebungen in der amerikanischen Gesellschaft, die sich insbesondere in der Republikanischen Partei niederschlugen. Die Zwischenwahlen 2018 bestätigten diese Entwicklung: Gestärkt wurde der Trump-Flügel der Republikanischen Partei im Kongress; geschwächt wurden die moderaten Republikaner - die Vertreter des Establishments. Treue republikanische Wähler, die bisher moderate Kandidaten unterstützten, wählten diesmal lieber die Kandidaten der Demokratischen Partei (Werner/ DeBonis 2018).

Bislang dominierende Wirtschaftsvertreter haben ihren politischen Einfluss auf die Regierung teilweise eingebüßt; das republikanische Establishment ist zu einer Außenseitergruppe innerhalb der Partei geworden. Manche nennen sich selbst Never-Trumpers. Einige wichtige Köpfe sind zwar auch nach den Wahlen noch in ihren Positionen,³ aber nicht mehr die dominierende

Kraft in Partei und Kongress (Antle 2017). Das liegt zum Teil daran, dass Präsidenten traditionell gute Chancen haben, ihre Partei auf sich selbst zuzuschneiden (Heersink 2018). Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA hat erhebliche Veränderungen der Republikanischen Partei bewirkt.⁴

Handelspolitische Überzeugungen traditioneller Eliten

Gerade in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik standen die bislang herrschenden Eliten vor der Wahl, sich Trump anzuschließen und ihre bislang vertretenen außenpolitischen bzw. außenwirtschaftlichen Überzeugungen zu ändern, oder an diesen Überzeugungen festzuhalten und Trump ihre Unterstützung zu versagen oder sogar Widerstand gegen seine Politik zu leisten.

Viele Mitglieder der bisherigen Parteilite zogen es deshalb vor, als sogenannte Never-Trumpers ihre Überzeugungen außerhalb der Administration und des Kongresses zu vertreten (Johnson/ McCray/ Ragusa 2018; Wikipedia 2018).⁵ Viele der Never-Trumpers findet man heute in den traditionellen Denkfabriken der Konservativen.

Diese Denkfabriken haben ihre mit Überzeugung vertretene Position zum Freihandel nicht geändert. Die Handelsexpertin der *Heritage Foundation*, Tori K. Whiting, vertritt immer noch strikt das Prinzip von freien Märkten, Wettbewerb und Freihandel als wohlstandsmehrend. Verluste von Arbeitsplätzen würden mehr als kompensiert durch neu geschaffene Beschäftigung. Nicht Chinesen sondern technologische Innovation (Computer) hätten die alten Jobs (Whiting 2018). Whiting vertrat auch in

² Die Brüchigkeit der sozialen Basis im konservativen Lager und der republikanischen Partei wurde schon früh beschrieben (Asmus/ Everts/ Isernia 2005; Asmus/ Everts/ Isernia 2003).

³ Mitt Romney z.B. hat seinen Sitz im Senat mit großer Mehrheit in Utah behalten.

⁴ Bramwell beschreibt dies als Übergang vom *principle* bzw. *axiomatic conservatism* zum *classical conservatism* (Bramwell 2018).

⁵ Einer der schärfsten Kritiker von Trump in der Republikanischen Partei, Senator Mitt Romney, konnte seinen Sitz bei den Wahlen in Utah souverän verteidigen, bleibt aber in der Partei eher ein Außenseiter.

ihren anderen Veröffentlichungen Freihandel kompromisslos.

Das *American Enterprise Institute* hält ebenfalls die protektionistische Handelspolitik von Trump für verfehlt. Selbst wenn kurzfristig keine Auswirkungen sichtbar und spürbar würden, so würden doch langfristige Kosten für Konsumenten und Produzenten in den USA entstehen. Die dem widersprechenden Aussagen von Wilbur Ross seien falsch (Pethokoukis 2018; Ponnuru 2018). Das Argument von Marc Thiessen, Trump nutze Zölle nur als Hebel, um auswärtige Märkte zu öffnen (Thiessen 2018) – also zum Zweck von Freihandel – wird nicht geglaubt (Ponnuru 2018). Bislang habe Trump das Handelsbilanzdefizit nur ausgeweitet, genauso, wie die wirtschaftswissenschaftliche Literatur dies vorhergesagt habe (Lachman 2018).

Das *Cato Institute* hält ebenfalls strikt am Freihandel fest und kritisiert den Protektionismus der Trump Administration als widersprüchlich, zornig und fehlgeleitet (Ikensen 2018).

Das *Hudson Institute* steht Trump eher näher und argumentiert ähnlich wie Tonelson in der Zeitschrift *National Interest* (Tonelson 2018): Es gehe Trump vor allem um die Schaffung einer neuen, besseren und für Amerika vorteilhafteren Weltordnung. Dazu setze Trump Machtinstrumente ein (Heinrichs 2018). Das jüngst ausgehandelte regionale Abkommen USMCA zwischen USA, Canada und Mexiko wird als Beleg dafür gesehen, dass Trump Freihandelsabkommen abschließen, in welchen die Fehler (wie in NAFTA) bereinigt würden.

Walter R. Mead vom Hudson Institute nutzt die historische Analogie der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg zur Gegenwart, um vor allem die Unzulänglichkeit der Politik zu kritisieren (Mead 2018). Allerdings sieht er dennoch Grund zu Optimismus,

weil damals die Gesellschaft *ohne* Unterstützung der Politik es geschafft habe, Wachstum und Wohlstand herzustellen und die Krise einer Gesellschaft im Umbruch zu überwinden.

Die *Hoover Institution* widerspricht dem Tonelson Argument: Wenn sich Zölle erst einmal international etabliert hätten und spezifische politische Interessengruppen davon profitierten, werden diese Gruppen alles daransetzen, Zölle nicht abzubauen und Freihandel zu verhindern. Es bestehe die Gefahr, dass auf diese Weise die Errungenschaften der Jahre seit 1945 in der Weltwirtschaft verloren gingen. Dies schließt die Möglichkeit ein, dass die tragenden Säulen (internationale Organisationen) zerstört würden. Wenn Trump bluffe, dann sei das Risiko dieses Bluffs sehr hoch (Cochrane 2018b; Lambro 2018).

Dov Zakheim vom *Center for the National Interest* schreibt: Der Präsident verfolge gefährliche Vorstellung aus der amerikanischen Geschichte des 19. Jahrhunderts (insbesondere der Präsidenten Fillmore und James Buchanan). Er sei seit langem der erste Präsident, der (von kurzfristigen Ausnahmen abgesehen) Zölle erhebe (Zakheim 2018). Anders als Adam Posen (Posen 2018) argumentiert Zakheim jedoch, Trump richte seine Außenhandelspolitik gerade *nicht* an den Erfordernisse nationaler Sicherheit aus.

Eliot Cohen, ein konservativer Außenpolitikfachmann der Johns Hopkins Universität, sieht die Außenpolitik der Trump Administration noch im Rahmen der Tradition der Republikaner.⁶ Allerdings habe Trump keine Erfolge vorzuweisen. Hochrangige Mitarbeiter und die Bürokratie (*deep state*) hätten verhindert, dass Trump gravierende Fehler gemacht habe. Nichtsdestotrotz erodiere die Machtbasis amerikanischer

⁶ Diese Feststellung beruht auf einer Gesamtbeurteilung von Außenpolitik und geht deshalb über die Außenhandelspolitik weit hinaus.

Aussenpolitik. Die Wirkung dieser Erosion werde aber erst zeitverzögert eintreten (Cohen 2018a).

Zwischen den europäischen Befürwortern von Freihandel und dem republikanischen Establishment gibt es also nach wie vor eine hohe Übereinstimmung in Fragen der Handelspolitik. Diese Übereinstimmung war bislang die gesellschaftliche Grundlage des transnationalen Netzwerkes zwischen USA und Europa in der Außenhandelspolitik.

Die gesellschaftliche Basis der Trump-Administration

Die Trump-Administration und ihre Politik wird von ganz anderen sozialen Gruppen getragen als vorangegangene republikanische Administrationen und macht entsprechend eine neue Politik für diese neue Zielgruppe (Rudolf 2018):

- ◆ Wirtschaftsvertreter kleiner und mittelständischer Betriebe und deren Belegschaften vor allem auch das produzierendes Gewerbe - das sogenannte „Mittel Amerika“;
- ◆ Vertreter des ländlichen Raumes, kleiner (lokaler) Gemeinschaften vorwiegend in mittelwestlichen Regionen. Hier findet man vor allem noch die weiße Mittelschicht und Arbeiterklasse;
- ◆ Neue Denkfabriken wie der *Center for American Greatness* oder die *Coalition for a Prosperous America* stützen die Politik von außen;
- ◆ Regional und lokal tätige Medien und Journalisten;
- ◆ Republikaner im Kongress folgen nicht mehr der ursprünglichen Parteiführung (Establishment), sondern orientieren sich zunehmend am Präsidenten (80% in House und Senate unterstützten Trump nach seiner Nominierung 2016);

- ◆ Neue Publikationsorgane konservativer Kreise sichern die Verbreitung der neuen Botschaften dieser Politik; dazu gehören: *Chronicles*, *American Affairs*, *American Greatness*, *Washington Times*, oder *VDARE*.

Diese aktuell politisch dominierende gesellschaftliche Gruppe wird von der paleokonservativen Konservatismusvariante ideologisch zusammengehalten. Diese Europa fremde Variante des Konservatismus liefert Konzepte und Legitimation auch für eine neue Handelspolitik.

Paleokonservative, US-Außenwirtschaftspolitik und Trump

Paleokonservatismus ist eine von mehreren Varianten des amerikanischen Konservatismus.⁷ Das Etikett dieser Variante wurde 1986 von Paul Gottfried geprägt (Siegel 2016). Politisch bedeutsam ist diese konservative Strömung deshalb, weil sie maßgeblich die Außenwirtschaftspolitik der Trump-Administration und der diese Politik stützende Republikanische Partei prägt (Drolet/ Williams 2018). Bemerkenswert ist, wie stark es dabei gelungen ist, das wirtschaftliche Denken der Republikaner vom bisherigen republikanischen *mainstream* (Dyrberg 2012) über Kapitalismus zu ändern und durch die paleokonservative Sichtweise zu ersetzen.

Der Paleokonservatismus verfügt über eigenständige Theoretiker und Publikationsorgane, mit denen die Botschaften verbreitet werden. Deshalb sind sie sowohl personell wie auch organisatorisch von anderen Konservatismusvarianten abgegrenzt. Wesentliche Theoretiker des ursprünglichen Paleokonservatismus sind Paul Gottfried, Sam Francis und Bel Bredford. Sie vereint das Ziel, seit den 1980er Jahren den wachsenden Einfluss neokonservativer und neo-liberaler Denkweisen – der sogenannten

⁷ Bramwell unterscheidet prinzipientreuen bzw. axiomatischen Konservatismus, das dem Lager der NeverTrumpers zuzurechnen ist vom

klassischen Konservatismus, zu dem wohl auch die Paleokonservativen zu rechnen sind (Bramwell 2018).

„neuen Rechten“ - zugunsten der „alten Rechten“ gesellschaftlich zurückzudrängen. Denn diese angeblichen Konservativen lieferten sehr gefährliche Doktrinen und infizierten das rechte Amerika mit Ideen, die mehr mit dem früheren Bolschewismus oder den Jakobinern der französischen Revolution gemein hätten als mit dem amerikanischen Konservatismus (Drolet/Williams 2018).

Heute sind vor allem Jared Taylor, Greg Johnson und Michael O' Mara als ideologische Unternehmer der Paleokonservativen bedeutsam. Sie verbreiten ihre Botschaften über Internetplattformen wie *alt-right.com*, *countercurrents.com*, *theooccidentalobservers.net* oder *amerika.org* (Drolet/Williams 2018). Eine politisch besonders herausragende Rolle spielt außerdem Pat Buchanan, der sich schon für die Republikanische Partei als Präsidentschaftskandidat bewarb und die kulturellen Botschaften der Paleokonservativen in politisch-programmatische Leitlinien übersetzt.⁸ Auch in Organen wie *American Affairs* oder auf den Internetseiten des *Centers for American Greatness* werden entsprechende politische Positionen vertreten (Rudolf 2018). Darüber hinaus gibt es noch Unterstützer, die ihre politischen Forderungen auf ein sehr enges Themenfeld begrenzen. Dazu gehört z.B. die *Coalition for a Prosperous America*, die ein Gesetz vorschlägt, mit dem die internationale Überbewertung des US-Dollars beseitigt würde. (Tuschhoff 2018).

NATIONALISMUS, POPULISMUS UND DER AMERICAN MIDDLE MAN

Der Ausgangspunkt des paleokonservativen Denkbildes ist *nicht* die kapitalistische Wirtschaftsordnung, sondern eine sehr spezielle Vorstellung von der amerikanischen

Nation, Kultur und Tradition sowie deren prägende soziale Gruppe (Brainbridge 2018). Paleokonservative beanspruchen, die Werte, Vermächtnisse, Interessen und Sorgen der weißen Mittelschicht und Arbeiterklasse zu vertreten. Trump versteht sich als die Stimme dieses vergessenen Amerikas. Dessen wirtschaftlicher Status und Sicherheit wurde in den letzten 40 Jahren unterminiert durch Deindustrialisierung und stagnierenden Reallöhne (Brainbridge 2018). Gleichzeitig beruhte deren sozialer Status auf Hierarchien von Rassen und Geschlechtern, die vom amerikanischen *mainstream* massiv herausgefordert wurden.

KRITIK AM „CRONY CAPITALISM“ UND DEM REPUBLIKANISCHEN MAINSTREAM

Die Kritik von Paleokonservativen am Kapitalismus richtet sich *ausdrücklich nicht* gegen das kapitalistische System *per se* oder gegen Ausbeutung und wirtschaftliche Ungleichheit, sondern gegen die angebliche Pervertierung des Kapitalismus durch global und transnational agierende Eliten. Politische und wirtschaftliche Eliten hätten sich durch Kooperation zwischen Staat und Großindustrie eine besondere Art des Kapitalismus – des *crony capitalism* – geschaffen, dessen Wirkungsweise zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe und der Arbeitnehmer ginge (Brainbridge 2018).

Im Zentrum dieser Kritik steht deshalb der globale Freihandel sowie dessen Anhang – die freizügige Immigration.⁹ Beides bedrohe das kulturelle Vermächtnis, die politische und wirtschaftliche Souveränität der USA und sei die Ursache für den sinkenden wirtschaftlichen Status und die Sicherheit der eingeborenen Bevölkerung. Der leidenschaftliche Nationalismus der Paleo-

⁸ Siehe dazu seinen Blog auf Chroniclesmagazine.org.

⁹ Von der Immigration gehen zwei verschiedene Bedrohungen aus, die Paleokonservative identifizieren. Politisch-kulturell untergraben sie den Schutz und Zusammenhalt der nationalen Gemeinschaft, die als weiß, christlich und

europäisch geprägt gesehen wird. Wirtschaftlich bedrohen Immigranten diese Gemeinschaft, weil sie bereit sind, zu Bedingungen und Löhnen zu arbeiten, die letztlich zur Stagnation von Reallöhnen oder gar zur Arbeitslosigkeit amerikanischer Arbeitnehmer führen (Kolozi 2017).

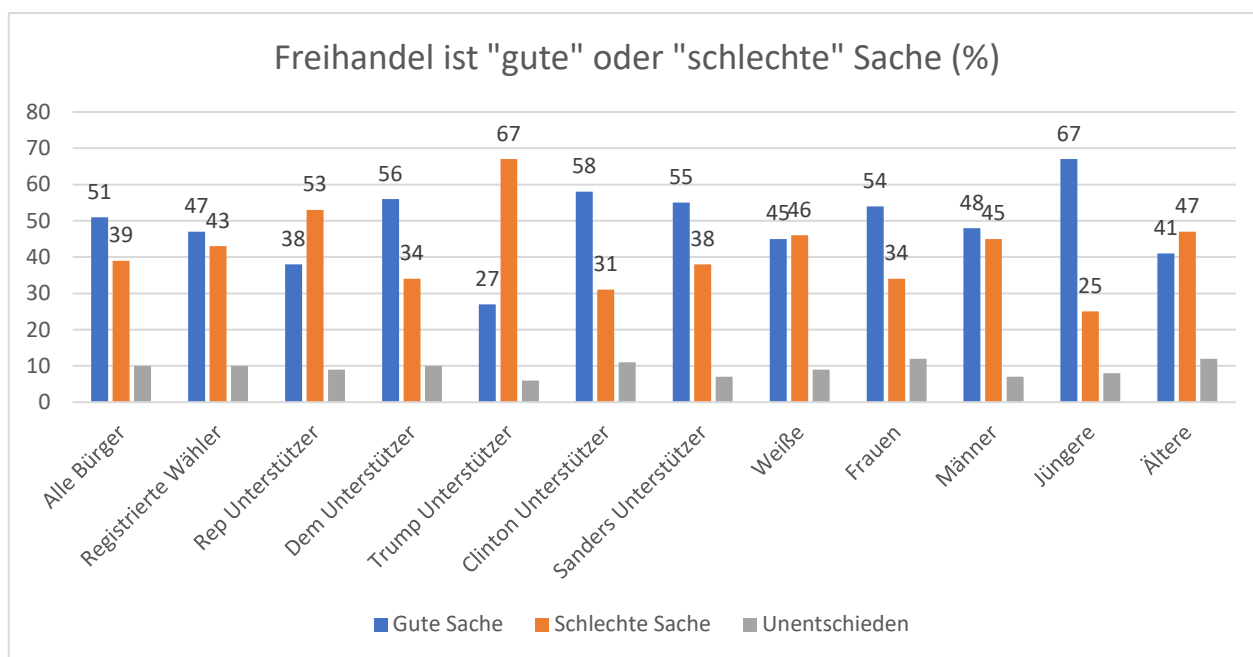
konservativen ist entschieden weiß, christlich, europäisch. Deshalb wendet er sich gegen Multikulturalismus und Kosmopolitismus, weil sie nationale Identität und Souveränität untergraben. Dagegen müssten sich die *Middle American Radicals* (MARs) zur Wehr setzen, indem sie die herrschenden Eliten vertrieben und ersetzen (Kolozi 2017).

Die populistische Säule

Denn Paleokonservative sind anders als Libertär oder traditionelle Konservative nicht gegen den Staat. Aber sie kritisieren, dass die politischen Institutionen sowie die großen Firmen von einer Manager Elite besetzt

Die Konstruktion des Gegensatzes zwischen Elite einerseits und der sozialen Basis der Paleokonservativen andererseits kombiniert Einstellungen, institutionelle Verankerungen und Lebensweisen. Die Elite sei nicht nur im Staat und der republikanischen Partei fest verankert, sondern auch vor allem in der Wirtschaft. Die Lebensweisen der sozialen Basis Amerikas beruhe auf alten Traditionen sowie familienzentrierten und lokalen Gemeinschaften. Die Elite habe dagegen diese sie einengenden Traditionen abgeworfen und sich den egalitären Forderungen der progressiven Bewegung verschrieben. Nicht nur der Staat, sondern vor allem auch große Firmen würden deshalb

Abbildung 1



Quelle: Stokes (2016)

worden seien. Diese werde von Ideen der Profitmaximierung, der Egalität, dem Internationalismus und dem Multikulturalismus geprägt und richte sich deshalb gegen die Lebensweise der amerikanischen Mittelschicht. Die Elite sitze in der Wirtschaft, Regierung, Medien und Forschungseinrichtungen. Der Gegensatz von Elite und amerikanischer Mittelschicht bildet die populistische Säule des paleokonservativen Denkbildes.

die lokalen Kulturen und deren tragende Institutionen zerstören. Denn profitgetriebene Firmen generierten einheitlichen (egalitären) Geschmack, Bedürfnisse und universalen Konsum. Damit zerstörten sie die Existenz kleiner Firmeninhaber, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rückgrat traditioneller Sozialordnungen bildeten. Da die rassische Hierarchie ein fester Bestandteil dieser traditionellen

Sozialordnung ist, wird der Egalitarismus der Eliten auch als Angriff auf den eigenen Rassismus verstanden.

Die Säule wirtschaftlicher Nationalismus und Unabhängigkeit

Der internationale Freihandel habe sich vom nationalen Interesse der USA frei gemacht und verhalte sich mittlerweile antagonistisch dazu. Der globale Kapitalismus entarte die amerikanische Identität, indem er kulturelle und politische Traditionen ebenso opfere wie die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die den Erfordernissen von Freihandel und transnationalen Kapitals entgegenstünden. Die „Früchte“ der letzten 25 Jahre Freihandel, schreibt Pat Buchanan in seinem Blog, seien eingefrorene Löhne für amerikanische Arbeiter, 12 Billionen Dollar Handelsbilanzdefizite; der Verlust von 55.000 Fabriken und sechs Millionen Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe sowie die Tatsache, dass die verarbeitende Industrie Chinas die USA überholt hätte (Buchanan 2018).

Der ökonomische Nationalismus der Paleokonservativen beruht auf einer Geschichtsinterpretation, in der die amerikanischen Gründerväter sowie deren nachfolgende Eliten eine besondere nationale Identität geschaffen haben. Ihr wirtschaftlicher Nationalismus folgte der Verpflichtung zu Wachstum, Entwicklung Wohlstand und Unabhängigkeit. Alexander Hamilton propagierte Protektionismus und setzte ihn durch seine Zollpolitik um. Der Zweck von Zöllen war, amerikanische Produzenten vor der britischen und französischen Konkurrenz zu schützen, die damals viel wettbewerbsfähiger waren. Die amerikanische Wirtschaft sei der Verführung von Freihandelsdoktrinen nicht gefolgt, sondern habe auf einer heimischen Freihandelszone und Protektionismus beruht, die sie schließlich zu einem wirtschaftlichen und militärischen Machtblock machten (Kolozi 2017).

Damals hätten auch die amerikanischen Wirtschaftsführer Protektionismus befürwortet. Diese gaben jedoch später ihre

Position zugunsten von Freihandel auf, weil sie nur auf ihren eigenen Profit achteten, statt die Nation zu stärken. Sie würden langjährige, loyale Arbeitnehmer genauso versilbern, wie sie sich anhand von Effizienzdenken von veralteter Ausrüstung trennten. Effizienz sei aber das Gegenprinzip zu Loyalität von Arbeitnehmern und Treue zur Nation. Demgegenüber schaffe Protektionismus die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit für den republikanischen Bürger (Kolozi 2017).

Die Nation und seine Bürger seien jedoch eine moralische Gemeinschaft mit geteilten Wertvorstellungen, die höher rangierten als wirtschaftliche Interessen. Dagegen beruhe der globale Kapitalismus auf dem Mythos des *homo oeconomicus*, der wirtschaftliche und materielle Kosten-Nutzen-Kalküle über alle anderen Werte stelle (Brainbridge 2018; Kolozi 2017).

Die Verkettung von Macht, Sicherheit und Produktion als Säule paleokonservativer Kapitalismuskritik

Neben Populismus und Wirtschaftsnationalismus bildet die Verkettung von Macht, Produktion und nationaler Sicherheit die dritte Säule, auf die Paleokonservative ihre Kapitalismuskritik und ihre ökonomischen Zielvorstellungen stützen. Die autonome Fähigkeit zur industriellen Produktion sei die unabdingbare Voraussetzung für Verteidigungsfähigkeit und Machtausübung (Kolozi 2017). Freihandel und globale Spezialisierung und Arbeitsteilung würden jedoch diese sicherheitspolitisch notwendige Autonomie untergraben, die USA von ausländischen Produzenten abhängig machen und ihnen daher die Grundlage entziehen, für die nationale Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit Sorge tragen zu können.

Den Einwand, dass die USA sich in einer globalen Wirtschaft erhebliche Vorteile bei Dienstleistungen und Kapitalexporten erarbeitet hätten, die wohlstandsmehrend seien, lassen Paleokonservative nicht gelten. Internationale Finanzbeziehungen

erzeugten keinen volkswirtschaftlichen Wohlstand. Und wenn, so profitierten davon nur Superreiche. Bei der sozialen Basis der Paleokonservativen komme dieser durch globale Kapitalbeziehungen geschöpfte Wohlstand überhaupt nicht an. Die amerikanische Mittelschicht sei deshalb darauf angewiesen, dass es einen starken produzierenden Industriesektor in der Wirtschaft gäbe (Tuschhoff 2018).

AUßENWIRTSCHAFTSPOLITIK ALS SCHUTZ VOR DER BEDROHLICHEN GLOBALISIERUNG

Die politische Programmatik, die diesen Vorstellungen von Populismus, Wirtschaftsnationalismus und der Verkettung von Produktion und Sicherheit folgt, beginnt mit dem Rückzug aus dem globalen Kapitalismus. Der internationale Freihandel wird eingedämmt und die USA ziehen sich aus globalen und regionalen Handelsvereinbarungen wie WTO und NAFTA zurück. Außerdem müssten die USA Zölle auf Importgüter erheben und Industrien subventionieren, die im Süden und Westen der USA angesiedelt seien – Regionen also, in denen die politische Unterstützung von Mittelschicht Amerikanern am höchsten sei (Kolozi 2017).

HOHE ÜBEREINSTIMMUNG ZWISCHEN PALEOKONSERVATIVEN, DER SOZIALEN BASIS UND TRUMP IN DER AUßENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Die *Tea Party* ist nicht explizit paleokonservativ, wendet sich aber an die gleiche soziale Basis (d.h. Wählerschichten). Sie hat aber sehr dabei geholfen, paleokonservative Denkbilder vom Rand der Republikanischen Partei in deren Mitte zu führen. Übereinstimmung gibt es (Kolozi 2017)

- ◆ Die Zeit der *Progressives* (Woodrow Wilson) war der Beginn des amerikanischen Niedergangs;
- ◆ Kritik des *crony capitalism* (Profitgier, staatliche Regulierungen begünstigen große Firmen zu Lasten kleiner Betriebe);

- ◆ Kritik des Wohlfahrtsstaates, weil er diejenigen begünstigt, die das nicht verdient haben;
- ◆ Die *Tea Party* drückte viele paleokonservative Ideen in einem rassistischen Code aus;
- ◆ Der populistischer Glaube, konservative Intellektuelle und das politische Establishment sind die Verantwortlichen für das zurechtgebastelte System des *crony capitalism*, des Freihandels und den für Migranten offenen Grenzen; dies kommt dem Ausverkauf der amerikanischen weißen Mittelschicht gleich.

Allgemein unterstützt die Öffentlichkeit den Freihandel. Seit 2009 sagen mehr Wähler, Freihandel sei eine gute Sache als Wähler, die ihn für eine schlechte Sache halten (Smeltz et al. 2018).

Die Auffassung, Freihandel sei eine schlechte Sache, ist jedoch gerade bei Wählergruppen sehr stark verbreitet, die Donald Trump unterstützen (Politico 2016) wie Abbildung 1 zeigt. Die außenwirtschaftlichen Positionen von Donald Trump weisen hohe Übereinstimmung mit den paleokonservativen Denkbildern und den Aussagen der *Tea Party* auf und zielen auf die gleiche soziale Basis – das „America“ in „America First“. Dazu gehören insbesondere (Kolozi 2017):

- ◆ Der Bau einer Mauer an der mexikanischen Grenze;
- ◆ Die Deportation aller nicht dokumentierten illegalen Einwanderer;
- ◆ Der Rückzug aus internationalen Organisationen und Vereinbarungen über Freihandel;
- ◆ Der Einführung protektionistischer Schutzmaßnahmen;
- ◆ Der Glaube, dass die internationale Vernetzung die USA als Nation zerstört hätte (*we don't have a country anymore*).
- ◆ Die Unterordnung der Außenwirtschaftspolitik unter Erfordernisse des

Schutzes nationaler Sicherheit.¹⁰ Diesem Ziel dienen:

- Die Sanktionspolitik gegen Russland und Iran
- *Section* 301 Sanktionen und *Section* 232 Untersuchungen, ob und wie internationale Handelsbeziehungen die nationale Sicherheit gefährden.¹¹

Präsident Trump und die Republikanische Partei im Kongress

Die republikanische Mitglieder im 115. Kongress hatten allen Grund, Trump als erfolgreichen Parteiführer zu sehen und deshalb zu unterstützen, denn sein Wahlerfolg 2016 hatte sich auch auf sie positiv ausgewirkt (Pearson 2017). Es gab aber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Trump einerseits und den republikanischen Fraktionsführungen und den Kongressmitgliedern der Partei andererseits. Interessanterweise gingen die Hauptprobleme nicht von den moderaten Republikanern aus, die sich in der sogenannten *Tuesday Group* organisiert haben, die ursprünglich von Newt Gingrich gegründet wurde. Konflikte entstammten vor allem dem *Freedom Caucus*, der ideologisch eigentlich auf der Seite von Trump steht. Die Konflikte beziehen sich deshalb auch weniger auf die Inhalte als auf die Strategie, d.h. auf welchem Weg diese legislativ durchgesetzt werden können (Pearson 2017).

Es kommt hinzu, dass Präsident Trump wenig Neigung zeigt, Verständnis für die innerparteilichen Konflikte im Kongress aufzubringen und die Fraktionsführungen dabei zu unterstützen, Parteidisziplin herzustellen. Stattdessen suchte er sich mit Hilfe

der Demokraten eigene Mehrheiten z.B. bei der Erhöhung der Obergrenze für Schuldenaufnahme (Pearson 2017).

Der Blick auf Abstimmungsergebnisse im Kongress wird von Politikwissenschaftlern oft als Maßstab dafür herangezogen, wie erfolgreich Präsidenten dabei sind, ihre Agenda in der Legislative durchzusetzen. Da der 115. Kongress in beiden Häusern über republikanische Mehrheiten verfügte und Abgeordnete und Senatoren ganz überwiegend entlang von Parteilinien abstimmten, könnte man schlussfolgern, dass die ersten beiden Jahre der Präsidentschaft Trumps sehr erfolgreich waren.

Doch dieser Schein trügt. Denn der Blick auf Abstimmungsergebnisse vernachlässigt die Frage, ob umstrittene Gesetzesvorhaben des Präsidenten überhaupt im Kongress zur Abstimmung gestellt wurden. Innerparteiliche Konflikte werden aber nicht mehr so sehr in den öffentlichen Debatten ausgetragen oder in Abstimmungen entschieden, sondern in intransparenten nicht-öffentlichen Sitzungen der Fraktionsgremien. Hier zeigt sich aber, dass der 115. Kongress nicht besonders aktiv war. In seiner ersten Sitzung (2017) verabschiedete er weniger Gesetze als alle Kongresse seit 1992. Daher war der 115. Kongress der am wenigsten erfolgreiche aller Kongresse mit einheitlicher Mehrheit in beiden Häusern (Lee 2018; Pearson 2017).

Ein wichtiger Grund für die relative Erfolglosigkeit der republikanischen Mehrheiten bei der Umsetzung ihrer legislativen Agenda ist innerparteilicher Konflikt. Die Zahl und Intensität von Konflikten in den republikanischen Kongressfraktionen haben erheblich zugenommen. Ein weiterer

¹⁰ In der *National Security Strategy* heißt es z.B. "We will rejuvenate the American economy for the benefit of American workers and companies. We will insist upon fair and reciprocal economic relationships to address trade imbalances." (President of the United States 2017: 4) (Posen 2018)

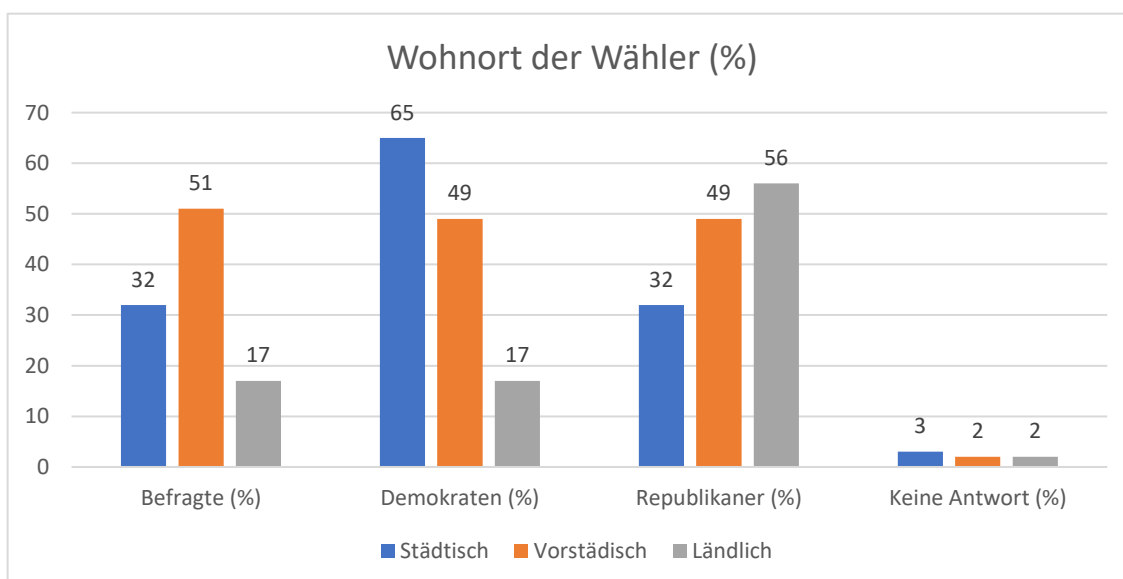
¹¹ *Section* 232 der Handelsgesetzgebung ermöglicht Untersuchungen, wie sich bestimmte Importe auf die nationale Sicherheit auswirken. *Section* 301 ermöglicht es, mit Hilfe von Sanktionen amerikanische Rechte aus Handelsabkommen international durchzusetzen und dadurch unfaire Handelsbarrieren zu überwinden. (Trace/ Nelson 2018; Jackson 2018).

Grund ist, dass die Führungen im Kongress an Einfluss verloren, weil Entscheidungen nicht mehr so sehr der Logik der Strategie sondern der Logik der Mitgliedschaft (Streeck 1992) folgen. In Fraktionen mit flacheren Hierarchien und dezentralen Machtstrukturen verliert die Parteiführung Einfluss auf Abgeordnete und Senatoren. Das war vor allem im Repräsentantenhaus sichtbar, in dem der Einfluss der Sprecher Boehner und Ryan erodierte (Lee 2018; Pearson 2017).

Aufstellung und Zusammensetzung der Fraktionsführung im Repräsentantenhaus könnte strittig werden. Allerdings verbindet Republikaner intern die Opposition nach außen gegen die neue demokratische Mehrheit, sodass die Konflikte in den republikanischen Fraktionen sich voraussichtlich weniger auswirken werden als bei den Demokraten (Werner/ DeBonis 2018).

Im Wahlkampf unterstützte (*endorse*) Trump einseitig Kandidaten seiner sozialen Basis. Von diesen 75 Kandidaten gewannen

Abbildung 2



Quelle: CNN (2018)

Allgemein hat sich die Einschätzung durchgesetzt, dass im neuen 116. Kongress mehr Abgeordnete und Senatoren in der Republikanischen Partei sind, die Trump unterstützen als zuvor. Moderate Republikaner seien entweder nicht mehr zur Wahl angetreten oder nicht wiedergewählt worden. Der *Freedom Caucus* ist vom Außenseiter in die Rolle des Parteizentrums gewechselt. Der *Club of Growth* ist in Folge der Wahlen schwächer geworden (American Enterprise Institute 2018b; Peters/ Dias 2018). Die

aber nur 21 bis 28 tatsächlich die Wahl.¹² Allerdings gewannen 58% Kandidaten ihre Wahl, für die Trump aktiv Wahlkampf machte (Kamarck 2018).

Die bislang feststellbare mangelnde Kooperationsbereitschaft zwischen Präsident, republikanischer Fraktionsführung und den Fraktionsmitgliedern weist darauf hin, dass Gesetzgebungsvorhaben auch in Zukunft nur schwer durchsetzbar sein werden, zumal nunmehr eine demokratische Mehrheit

¹² Bei Abfassung dieser Veröffentlichungen lagen noch nicht alle endgültigen Abstimmungsergebnisse der Wahl 2018 vor.

im Repräsentantenhaus herrscht. Donald Trump mag ein motivierender und erfolgreicher Wahlkämpfer sein. Ein erfolgreicher Parteiführer und Moderator im Gesetzgebungsprozess war er bislang aber erkennbar nicht.

Absehbare Probleme in der demokratischen Fraktion

Wie den Republikanern im Repräsentantenhaus droht nunmehr auch der demokratischen Mehrheit Ungemach, weil eine relativ heterogene Fraktion zusammengehalten werden muss. Weiße Männer stellen mittlerweile eine Minderheit in der Fraktion dar.¹³ Die Wahlen haben die demographische Diversität in der demokratischen Fraktion erheblich gesteigert (Stolberg 2018). Die neue demokratische Mehrheit wäre jedoch nicht möglich gewesen, wenn es demokratischen Kandidaten nicht gelungen wäre, moderate Kandidaten der Republikaner zu besiegen (Werner/ DeBonis 2018). Die Polarisierung der Gesellschaft führt nicht nur zu einer hohen Konfliktbereitschaft *zwischen* den Parteien, sondern dringt immer weiter auch in die Parteien selbst vor (Abramowitz/ Saunders 2008; Aldrich 2018; American Enterprise Institute 2018b; Campbell 2018; Fiorina/ Abrams/ Pope 2008; Fiorina/ Abrams 2008; The Brookings Institution Falk Auditorium 2018; Werner/ DeBonis 2018).

Obwohl noch nicht sicher, wird erwartet, dass Nancy Pelosi zur Sprecherin gewählt wird. Ihr wird am ehesten zugetraut, den Zusammenhalt der Fraktion zu gewährleisten und Parteidisziplin herzustellen (The Brookings Institution Falk Auditorium 2018). Für die weiteren Führungspositionen der Fraktion stehen vor allem Kandidaten bereit, die über langjährige Erfahrungen

verfügen (Cochrane 2018a). Aber wenn diese Kandidaten sich fraktionsintern durchsetzen sollten, bildet die Fraktionsführung die heterogene Zusammensetzung der Fraktion nicht ab. In diesem Fall würde der Logik der Strategie Vorrang vor der Logik der Mitgliedschaft eingeräumt. Kenntnisreiche Beobachter erwarten deshalb ein pragmatisches Agieren der demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus. Aussichtslose Vorhaben wie ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten werden deshalb für unwahrscheinlich gehalten (American Enterprise Institute 2018b).

Der Zusammenhalt der demokratischen Fraktion hängt in diesem Szenario jedoch maßgeblich von den Führungsfähigkeiten der Parteispitze ab. Ob sich aber alle demokratischen Abgeordneten – insbesondere die Neugewählten – dem unterordnen werden, oder ob sie im Sinne der Logik der Mitgliedschaft auf Umsetzung einer eigenen Agenda bestehen, muss abgewartet werden.

Die Herausforderung der demokratischen Partei in den nächsten zwei Jahren besteht in einem sich weitenden Spagat: Die verschiedenen Wünsche und Agenden einer heterogen zusammengesetzten Fraktion und ihrer fragmentierten Wählerschaften müssen bedient werden. Gleichzeitig muss die Partei weiter in republikanische Wählerschaften vordringen, wenn sie 2020 den Präsidenten stellen und die Mehrheit im Senat zurückerobern möchte. Dazu waren die Wahlergebnisse in den amerikanischen Vorstädten ein vielversprechendes erstes Signal. Vorstädte waren bislang vor allem Hochburgen für Republikaner. Hier gewannen insbesondere moderate Vertreter des Parteiestablishment. Die Veränderungen

¹³ Weiße Wähler wenden sich zunehmend von der demokratischen Partei ab. Dies ist das Ergebnis von zwei sich wechselseitig verstärkenden Trends: Erstens, wird die Beziehung und damit die Kohärenz zwischen Parteilichkeit, Wahlverhalten und Politikorientierung der Wähler stärker.

Zweitens führt der demographische Wandel dazu, dass sich die Medianposition wirtschaftspolitischer Einstellungen nach links verschiebt. Dieser Median für die weiße Wählerschaft rückt deshalb weiter nach rechts. Im Laufe der letzten 40 Jahre ist die Wahrscheinlichkeit, dass Weiße die republikanische Partei wählen, um 7.7 Punkte gestiegen (Zingher 2018).

der Republikanischen Partei haben vorstädtische Wähler jedoch entfremdet, sodass die entsprechenden Wahlkreise mittlerweile höchst umkämpft sind. Offenbar ist es den Demokraten gelungen, einen Keil in die politische Allianz der Republikaner zwischen der konservativen ländlichen und der höherverdienenden Vorstadtbevölkerung zu treiben (Martin/ Burns 2018). Die Abbildung 2 zeigt, dass Republikaner und Demokraten in den Vorstädten mit jeweils 49 Prozent gleichauf sind.¹⁴ In größeren Städten liegen die Demokraten auf dem Land die Republikaner jeweils deutlich vorn. Wenn die demokratische Partei weiter in die Wählerschaft der republikanischen Konkurrenz eindringen möchte, müsste sie auch der

ganz erheblich in Bewegung geraten sind. Ob sich dahinter jedoch ein neues *realignment* verbirgt, das ähnliche Ausmaße besitzt wie seinerzeit die Hinwendung der Südstaaten zur republikanischen Partei unter Ronald Reagan, wird sich erst noch erweisen müssen.

Determinanten von Entscheidungen von Kongressmitgliedern in der Handelspolitik

In ihrer Außenpolitik sind US-Präsidenten in unterschiedlichem Maß vom Kongress abhängig, der je nach Politikfeld und gewähltem Instrument über unterschiedliche Möglichkeiten verfügt, auf die Entscheidungen

Tabelle 1

| Instrument | Verteilungsfolgen | Ideologieladung |
|---------------------------------|-------------------|-----------------|
| Wirtschaftshilfe | Hoch (minus) | Hoch |
| Außenhandel | Hoch | Hoch |
| Immigration | Hoch | Mittel/Gering |
| Sanktionen | Mittel | Gering |
| Heimische Verteidigungsausgaben | Hoch | Hoch |
| Geopolitische Hilfe | Gering | Gering |
| Auswärtige Militärstationierung | Gering | gering |

Quelle: Milner/ Tingley (2015: 30)

ländlichen Bevölkerung entsprechende Politikangebote machen (Martin/ Burns 2018; Tomasky 2018). Aber damit würde die Heterogenität eher zunehmen und die Herstellung von Zusammenhalt und Parteidisziplin würden noch schwieriger werden, als dies schon jetzt der Fall ist.

Insgesamt zeigen die Wahlen von 2018, dass die Wählerschaften beider Parteien

Einfluss zu nehmen. Jedes Politikfeld/Instrument ist mit einem spezifischen Satz an Mehrheitsbeschaffungsmöglichkeiten (*politics*) assoziiert. Dabei kann man zwei herausragende Dimensionen unterscheiden, die den Mehrheitsbeschaffungsprozess bestimmen: Erstens, das Wesen der Verteilungswirkung auf unterschiedliche Gesellschafts- und Interessengruppen und zweitens das Ausmaß der ideologischen

¹⁴ In einer *Vorwahl*befragung, die allerdings nicht zwischen Städten und Vorstädten sondern nur urbane von nicht-urbanen Wohnorten unterschied, lagen die Demokraten im urbanen

Milieu mit 66 Prozent vor den Republikanern mit 33 Prozent (American Enterprise Institute 2018a).

Aufladung und Abgrenzung. Die Verteilungsproblematik bestimmt außerdem, wie hoch die informationelle Asymmetrie zwischen Präsident und Legislative ausgeprägt ist. Milner und Tingley argumentieren deshalb, dass das Ausmaß präsidentieller Macht in der Außenpolitik weitgehend von seiner Wahl des politischen Instruments so-

des Präsidenten beschränkt, den Politikprozess zu steuern. Umgekehrt verfügt der Präsident über das größte außenpolitische Macht- und Gestaltungspotential, wenn die Verteilungsfolgen seiner Pläne gering und nicht auf spezifische soziale Gruppen konzentriert sind (eher öffentliche Güter); und wenn die Politik nicht ideologisch aufgela-

Tabelle 2

| Verteilungsfolgen | Ideologische Ladung | |
|-------------------|----------------------------------|-------------------------------|
| | <i>Gering</i> | <i>Hoch</i> |
| <i>Gering</i> | Sehr hohe Gestaltungsmacht | Zweithöchste Gestaltungsmacht |
| <i>Hoch</i> | Zweitschwächste Gestaltungsmacht | Geringste Gestaltungsmacht |

Quelle: Milner/ Tingley (2015: 67)

Tabelle 3

| Verteilungsfolgen | Ideologische Ladung | |
|-------------------|---|--|
| | <i>Gering</i> | <i>Hoch</i> |
| <i>Gering</i> | Auswärtige Militärstationierung, Militärhilfe | |
| <i>Hoch</i> | Immigration | Wirtschaftshilfe, Außenhandel, Verteidigungsausgaben |

Quelle: Milner/ Tingley (2015: 70)

wie seinen Beziehungen zum Kongress, Interessengruppen und der Öffentlichkeit abhängt (Milner/ Tingley 2015).

VERTEILUNG UND IDEOLOGIE

Wenn eine Politik zu großen und auf bestimmte soziale Gruppen konzentrierte Gewinne oder Verluste führt bzw. führen würde (eher private Güter), sind Interessengruppen, Öffentlichkeit und Kongress hochmotiviert, politisch für oder gegen eine Politik einzutreten. Wenn eine Politik eine ideologische Konfliktlinie zwischen innenpolitischen Gruppen verschärft, wird eine Sachfrage und deren Lösung zu einem ideologischen Konflikt, der die Möglichkeiten

den ist (Milner/ Tingley 2015). Tabelle 1 zeigt, wie die verschiedenen außenpolitischen Instrumente hinsichtlich der Verteilungswirkung und ideologischen Aufladung beurteilt werden.

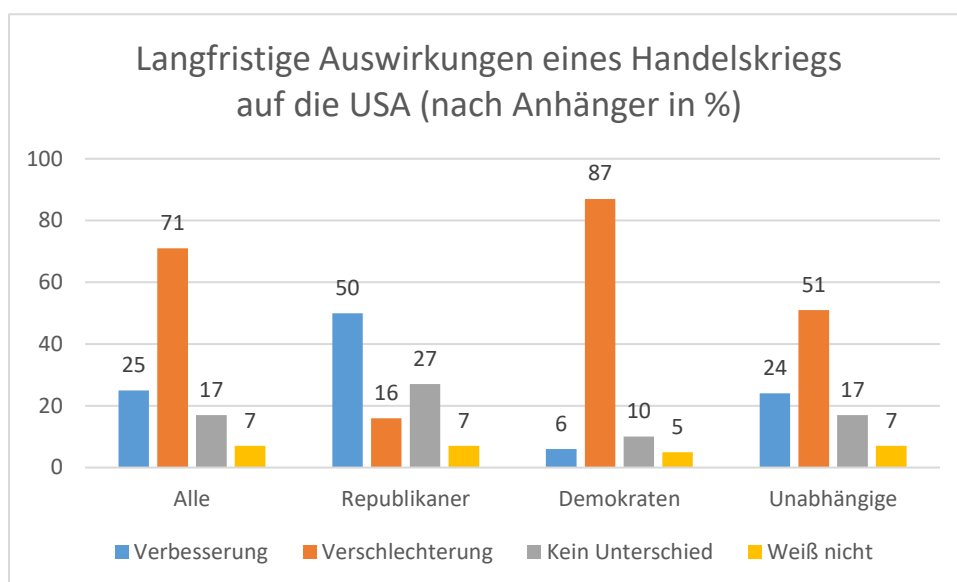
Der Präsident hat einen hohen Gestaltungsspielraum, wenn er Militär im Ausland stationiert oder geopolitische Hilfe (Militärhilfe) leistet sowie - etwas eingeschränkt - bei der Verhängung von Sanktionen. Bei der Außenhandelspolitik, Wirtschaftshilfe und Immigration ist der Gestaltungsspielraum des Präsidenten deutlich geringer, weil er hier seine Macht mit dem Kongress teilen muss und Interessengruppen oder die Öffentlichkeit Mitsprache beanspruchen.

Für Milner und Tingley sind Ideologien individuelle Denkbilder zu Politik und auswärtigen Beziehungen, die intern kohärent und relativ stabil aber im Sinne von kurzfristiger Gewinnmaximierung *nicht* zweckgerichtet sind. Solche Denkbilder befassen sich in der Aussenpolitik mit Fragen, wie welche Bedrohungen von anderen Staaten auf die USA ausgehen und welche Ressourcen zugewiesen werden sollen, um diesen Bedrohungen zu begegnen. Außerdem umfassen

intern inkonsistent oder nur gering verknüpft sind und wenn die Abgrenzung nach außen nicht scharf konturiert ist. Zwischen diesen beiden extremen Ausprägungen von Aufladungen gibt es Mischformen. Die Kombination der beiden Faktoren führt zur Bildung von 4 verschiedenen Typen (Tabelle 2).

Verteilungsfolgen und ideologische Aufladung lassen sich in einer Matrix zusammen-

Abbildung 3



Quelle: PollingReport.Com (2018)

Denkbilder die Frage, wie kooperativ andere Staaten sind und nach welcher Rangordnung die Regierung Haushaltsmittel ausgeben sollte. Allgemein gesprochen befassen sich Denkbilder mit der passenden Rolle von Regierungen oder einfach mit der angemessenen Staatstätigkeit (d.h. dem bekannten Links-Rechts-Schema). Insoweit sind sie bedeutsam für die Auswahl des geeigneten Politikinstruments.

Das Ausmaß von Ideologieladung hängt von zwei Faktoren ab: Interne Konsistenz der Denkbilder und externe Abgrenzung von anderen Denkbildern. Hohe Aufladung besteht, wenn Denkbilder konsistent und nach außen scharf abgegrenzt sind. Geringe Aufladung besteht, wenn Denkbilder

fassen, die Auskunft gibt, unter welchen Bedingungen der Präsident über welchen Grad an Gestaltungsmacht verfügt. Dieses unterschiedliche Maß an präsidentieller Gestaltungsmacht kann nun auf Politikfelder/Instrumente angewandt werden Tabelle 3.

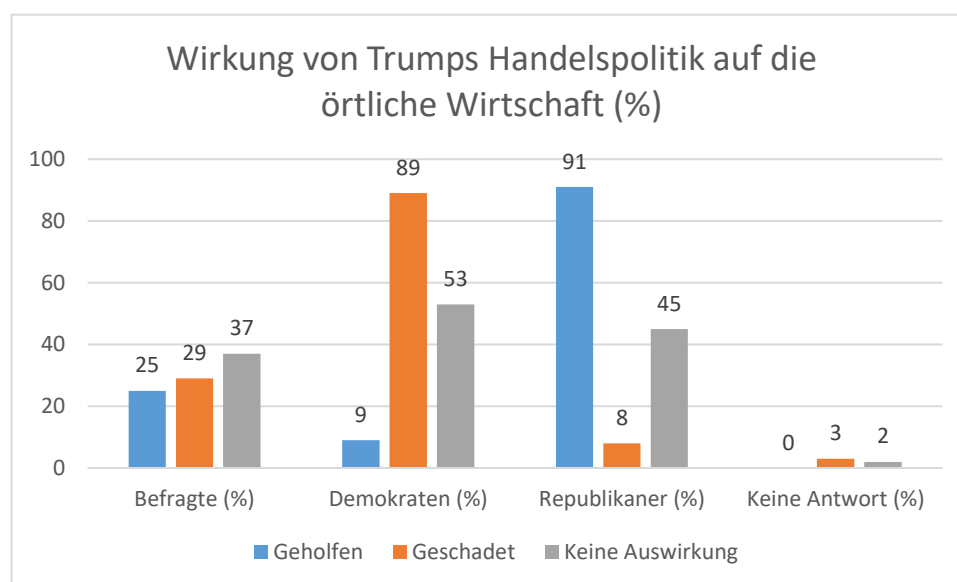
Im Lichte dieser Überlegungen ist zu erwarten, dass die Außenhandelspolitik innenpolitisch ein sehr strittiges Politikfeld darstellt, weil sowohl die Verteilungsfolgen als auch die ideologische Konfrontation zwischen konkurrierenden Denkbildern über Staatstätigkeit in diesem Bereich besonders hoch sind. Öffentlichkeit, Interessengruppen und Kongress sind hochmotiviert, ihre Einflussmöglichkeiten auszuüben und des-

halb die Gestaltungsmacht des Präsidenten einzuhegen.

Die Zuweisung von Außenhandelspolitik zu hoher ideologischer Ladung trifft weiterhin zu, obwohl in diesem Politikbereich extrem kontroverse Debatten innerhalb des konservativen Lagers und deshalb in der republikanischen Partei geführt werden, wie oben gezeigt werden konnte. Allerdings kann nicht mehr uneingeschränkt davon ausgegangen werden, dass rechts bzw. konservativ Eingestellte Handelshemmnisse als unangemessenen Eingriff der Re-

sung staatlicher Eingriffe ist nur noch bei traditionellen Konservativen auffindbar. Beide Lager vertreten ihre Überzeugung mit der Inbrunst ideologischer Gewissheit. Deshalb besteht nach wie vor eine hohe ideologische Aufladung, auch wenn die Paleokonservativen nunmehr eher dem liberalen Lager zuzurechnen sind als dem konservativen. Die dadurch entstandene Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den ideologischen Lagern, ändert aber nichts daran, dass die hohe ideologische Aufladung fortbesteht.

Abbildung 4



Quelle: CNN (2018)

gierung in den freien Markt ablehnen, wie Milner/ Tingley (2015: 60) annehmen. Eher links Eingestellte lehnen Handelshemmnisse dagegen nicht ab, weil sie die Auswirkungen von Freihandel auf Arbeitnehmer abfedern und soziale Ungleichheit ausgleichen können.

Zumindest beschränkt auf die Außenhandelspolitik hat Trump eine neue Koalition von Wählern zwischen Paleokonservativen und Liberalen geschmiedet. Beide unterstützen Handelsbarrieren und/oder Zölle und sehen darin eine Form legitimer Staatstätigkeit. Die ideologische Zurückwei-

AUßENHANDELSPOLITIK IN DEN WAHLEN 2018

Untersuchungen von Abstimmungen von Abgeordneten im Repräsentantenhaus liefern bedeutsame Hinweise darauf, wie und welche Präferenzen das Abstimmungsverhalten bestimmen (Milner/ Tingley 2011):

Verteilungsfolgen in Wahlkreisen bestimmen wesentlich die Präferenzen von Wählern zur Außenhandelspolitik und prägen deshalb das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten. Abgeordnete von Wahlbezirken mit hoher Ausstattung an Humankapital (gut Ausgebildete) stimmen meist für eine Freihandelspolitik. Abgeordnete aus

Wahlkreisen mit weniger gut ausgebildeten Wählergruppen stimmen eher gegen die Liberalisierung von Handelsbeziehungen.

Die Wahlen im Jahr 2018 liefern allerdings keine empirische Bestätigung für diese Vermutung, wie Abbildung 3 zeigt. Nahezu drei Viertel der Amerikaner befürchten eine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der USA durch Handelskriege.¹⁵ Allerdings schlägt sich in diesen Erwartungen auch die Parteilichkeit nieder. Anhänger der Demokraten erwarten in weit höherem Maße eine Verschlechterung der Wirtschaft, während Unterstützer der Republikaner und davon insbesondere Anhänger von Donald Trump sich erhebliche Verbesserungen der Wirtschaft durch Handelskriege erhoffen.

Außerdem waren Außenhandelsbeziehungen auch kein wahlentscheidendes Thema bei dem Zwischenwahlen 2018. Das Politikfeld rangierte nicht auf den vorderen Plätzen wahlbestimmender Themen (American Enterprise Institute 2018a).

Die Einschätzung, ob die Handelspolitik des Präsidenten eher hilft oder schadet ist in der öffentlichen Meinung höchst umstritten (Abbildung 4). Auch hier zeigt sich, dass die Parteigänger des Präsidenten sich nicht berirren lassen und zu ihm stehen. Obwohl die Wähler der Demokraten und der Republikaner sich diametral widersprechen, ob Trumps Handelspolitik ihrer örtlichen Wirtschaft geholfen oder geschadet habe, erkennen nur 29% aller Wähler Schäden. Dies heißt auch, dass Handelspolitik kein Politikfeld ist, das Wähler bewegt (Parilla 2018). Die Verwundbarkeit durch handelspolitische Verflechtung ist in den USA geographisch ungleich verteilt. So entsteht auch unterschiedliche Betroffenheit von Gemeinden, welche Vergeltungszöllen des Auslands ausgesetzt sind (Parilla 2018).

¹⁵ Dieser Befund wird auch durch die Umfrage des Chicago Council on Global Affairs gestützt (Smeltz/ Kafura 2018; Smeltz et al. 2018). Eine Übersicht über neuere Umfrageergebnisse zur Außenhandelspolitik der USA findet man auch

Diese Betroffenheit ist am größten in ländlichen Regionen und kleineren Städten der USA – dies ist das Kernland der Trump Unterstützer. Zwar ist das Exportvolumen großer Städte viel höher als das kleinerer Gemeinden. Aber angesichts ihrer schieren Gesamtgröße sind die von Vergeltungszöllen des Auslands betroffenen Industrien in Metropolen gering. In ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden ist die Verwundbarkeit dagegen besonders spürbar. In kleineren Metropolen sind 7,5% der Industrien von Vergeltungszöllen betroffen. Dies entspricht 7,5% der exportabhängigen Arbeitsplätze. In den kleinsten Metropolen steigen diese Werte auf 9,5% bzw. 9,8%. In ländlichen Regionen sind 12,2% der Industrien von Vergeltungszöllen betroffen und 13,4% der exportabhängigen Arbeitsplätze. Insgesamt bedeutet dies, dass vor allem Wähler von Donald Trump und weniger der Demokraten von Vergeltungsmaßnahmen amerikanischer Handelspartner direkt betroffen sind (Parilla/ Bouchet 2018).

In der Wahl zum Senatssitz von North Dakota,¹⁶ besiegte Kevin Cramer (R) die amtierende Senatorin Heidi Heitkamp (D) deutlich mit 10 Punkten Unterschied 58% zu 42%. Im Wahlkampf hatte Heitkamp versucht, Trumps Handels- und Zollpolitik gegen die Republikaner zu verwenden, weil in North Dakota viele Agrarprodukte - insbesondere Sojabohnen - hergestellt werden. Die Landwirtschaft ist chinesischen Vergeltungszöllen ausgesetzt. Cramer bat die Wähler hingegen um Geduld, bis Trump einen *Deal* mit dem Ausland ausgehandelt habe, der sich längerfristig auszahle. In North Dakota unterstützten aber 93% der republikanischen Wähler die Handelspolitik des Präsidenten. Dies entspricht dem nationalen Durchschnitt (CNN 2018; Thrush/ Rappeport 2018).

hier: <https://ctuschhoff.de/wp-content/uploads/2018/11/%C3%96ffentliche-Meinung-USA.pdf> (abgerufen 14. November 2018).

¹⁶ 2016 gewann Trump den Staat mit einem Vorsprung von 36%.

Der Versuch von Demokraten, die handelspolitischen Interessen von Wählern gegen Republikaner in Stellung zu bringen, sind also weitgehend misslungen. Neben Heitkamp verlor Donnelly (Indiana) mit knapp 10% und McCaskill (Missouri) verlor mit 45,5% zu 51,5% ebenfalls ihren Sitz im Senat. Soweit Republikaner Sitze im Repräsentantenhaus verloren, wie z.B. in handelspolitisch beeinträchtigten Staaten wie Iowa, war dies eher die Folge von Gewinnen in den Vorstädten als von Protest gegen Trumps Zollpolitik und deren Vergeltungsfolgen. Die Republikaner konnten 17 von 25 Distrikten verteidigen, die stark von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft abhängen (Thrush/ Rappeport 2018).

Die Wähler sind offenbar bereit, kurzfristige Opfer zu bringen, um längerfristige Ziele in der Handelspolitik zu erreichen. USMCA hat ihnen gezeigt, dass die USA auf dem richtigen Weg sind. Sie haben überdies Vertrauen zu Trump.

Der Versuch des Auslandes, Trump treue Wählergruppen gezielt mit Hilfe von Vergeltungsmaßnahmen zu treffen und ihre Abstimmungsentscheidung zu beeinflussen, ist deshalb zunächst gescheitert. Diese Maßnahmen mögen sogar dazu beigetragen haben, die Popularität des Präsidenten in den betroffenen Landesteilen noch zu steigern. Die Aussage des Präsidenten, das Ausland sei Schuld, wurde glaubhafter weil unmittelbar spürbar. Der Wille, trotz persönlicher Verluste Widerstand gegen das Ausland zu leisten, stieg an (Thrush/ Rappeport 2018).

Joseph Parilla hält es für falsch zu glauben, dass Wahlentscheidungen aufgrund von Positionen der Kandidaten zu wesentlichen Fragen fallen. Stattdessen bestimme die Parteilichkeit einer Person seine Einstellung zu Einzelfragen auch dann, wenn sie betroffen ist - nicht umgekehrt (Thrush/ Rappeport 2018).

Die Lehre für die Demokraten aus den Wahlen für die Handelspolitik müsste eigentlich sein, dass ihre Klientel in den Metropolen

und größeren Städten nicht besonders stark betroffen ist und dass Vergeltungszölle ihre Wähler nicht stark beeinträchtigen. In exportabhängigen, ländlichen Gebieten konnten demokratische Kandidaten sich *nicht* durchsetzen, obwohl sie Trump für die spürbaren Vergeltungszölle des Auslands verantwortlich machten. Mithin gibt es für Demokraten keinen Grund, sich für eine liberale Handelspolitik zu engagieren (Austen 2018; Cohen 2018b).

Da Vergeltungszölle, wie vom Ausland beabsichtigt, insbesondere die Klientel von Trump bzw. der Republikaner treffen, könnten Republikaner am ehesten zu einem Politikwechsel neigen. Dies ist aber solange nicht zu erwarten, wie die Wähler in diesen Gebieten loyal zu Trump und den Republikaner stehen und sogar Opferbereitschaft zeigen. Die Strategie des Auslandes, Trump via seiner Wählerschaft zu einem handelspolitischen Kurswechsel zu zwingen, ging zunächst ins Leere.

PRÄSIDENTIELLE GESTALTUNGSMACHT IN FRAGEN NATIONALER SICHERHEIT

Die außenpolitische Agenda des Präsidenten einschließlich seiner Möglichkeit, nationale Sicherheitsbedenken geltend zu machen, bestimmt stark die Präferenzen von Abgeordneten und Senatoren zur Außenhandelspolitik und damit ihr Abstimmungsverhalten. Donald Trump hat von dieser Möglichkeit offensiv Gebrauch gemacht, indem er Untersuchungen nach Section 301 und 232 des Handelsgesetzes in Auftrag gab, in denen die Wirkung von Außenhandelspraktiken auf die nationale Sicherheit der USA geprüft werden sollte (Cimino-Isaacs 2018; Fergusson/ Davis 2018; Irace/ Nelson 2018; Jackson 2018). Gerade in der Außenpolitik folgen Abgeordnete der Politik des Präsidenten weitaus mehr als in der Innenpolitik. Abgeordnete stellen dabei ihre eigenen Überlegungen sowie die Präferenzen ihrer Wähler hinten an und folgen dem Präsidenten. Insbesondere Abgeordnete, deren Partei den Präsidenten stellt, zeigen sich bereit, dem Präsidenten zu folgen bzw.

gegenüber ihrer Partei loyal abzustimmen. Für die Partei, die nicht den Präsidenten stellt, gilt der umgekehrte Effekt. In jüngster Zeit zeigen Abstimmungen, dass die Parteidisziplin sehr hoch ist. Allerdings wurden vor allem Abstimmungen untersucht, bei denen der Präsident sich für Freihandel aussprach (Milner/ Tingley 2015). Dies ist unter Donald Trump kaum der Fall, könnte aber darauf hindeuten, dass es ihm gelingen könnte, Freihandelsabkommen ratifizieren zu lassen.

Studien zur öffentlichen Meinung in den USA lassen die Einstellungen in Wahlkreisen und den sie repräsentierenden Abgeordneten außen vor, indem sie sich auf Befragungen aller Bürger konzentrieren. Derartige Untersuchungen modifizieren das Bild von Präferenzen zur Außenhandelspolitik an entscheidenden Punkten. Denn die Haltung der allgemeinen Öffentlichkeit zu Fragen der Außenhandelspolitik wird sehr maßgeblich von Perzeptionen geprägt, wie sich Freihandel oder Protektionismus auf die gesamte Volkswirtschaft der USA auswirken. Diese Perzeptionen sind weitgehend unabhängig vom wirtschaftlichen Eigeninteresse der Bürger. Hinzu kommt, dass diese Perzeptionen außerdem vom Ausmaß an Ethnozentrismus bestimmt werden. Bürger, die isolationistisch eingestellt sind, oder glauben, dass eine Hierarchie besteht zwischen der eigenen höherrangigen ethnischen oder rassischen Gruppe, lehnen Freihandel eher ab als andere Bürger (Mansfield/ Mutz 2009). Die Wahlergebnisse 2018 haben dies bestätigt. Trump Anhänger mit paleokonservativen Denkbildern einschließlich ethnozentristischen und rassistischen Einstellungen unterstützen eine protektionistische Außenhandelspolitik auch dann, wenn sie materielle Nachteile davontragen.

SALIENZ

Die Analyse von Präferenzen von Abgeordneten, Wählern oder der öffentlichen Meinung gibt noch keine Auskunft darüber, ob Bürger über Fragen der Außenhandelspoli-

tik informiert sind oder bereit erscheinen, diesem Politikfeld bei ihren Wahlentscheidungen besondere Priorität zuzumessen. Deshalb ist es notwendig, neben den Präferenzen auch die Salienz von Außenhandelspolitik zu beurteilen.

Diese Salienz ist für Wahlentscheidungen gering, wie sich auch wieder bei den Zwischenwahlen 2018 gezeigt hat. Die Entscheidungen von Abgeordneten/Senatoren zur Handelspolitik sind für Wähler weniger bedeutsam als Entscheidungen in anderen Politikfeldern. Wähler wissen nicht besonders viel, wie Abgeordnete/Senatoren in Fragen der Handelspolitik entscheiden. Und Wähler, die von Handelspolitik negativ betroffen sind, messen Handelspolitik nicht größere Bedeutung zu als nicht Betroffene oder von Außenhandelspolitik begünstigte Wählergruppen. In diesem Zusammenhang ist es auch bedeutsam, ob es Interessengruppen wie z.B. Gewerkschaften gelingt, Mitglieder oder Arbeitnehmer über die Folgen verschiedener Außenhandelspolitiken zu informieren und auf diese Weise Präferenzen zu prägen. Dabei zeigt sich, dass gerade Gewerkschaften eben nicht über solche Fähigkeiten der Einflussnahme verfügen, obwohl Mitglieder und andere Arbeitnehmer von dieser Politik stark betroffen sein können (Guisinger 2009).

Die geringe Salienz von Außenhandelspolitik bei amerikanischen Wahlen weist darauf hin, dass sowohl Präsident Trump als auch der neue 116. Kongress die eingeschlagene Richtung in der Handelspolitik nicht maßgeblich ändern werden.

Schlussfolgerung

Den bisherigen transatlantischen Handelsbeziehungen ist die gesellschaftliche Basis auf amerikanischer Seite weggebrochen. Zwar ist Katzensteins Atlantikmitte (Katzenstein 2009) nicht vollständig verschwunden aber doch erheblich geschwächt. Die grundlegende Ursache ist, dass mit Präsident Trump neue Eliten die Handelspolitik in der Administration und

Kongress bestimmen, die von anderen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden als bisher. Sowohl diese neue politisch durchsetzungsfähige Gruppe als auch ihre Repräsentanten in der Politik vertreten nicht die herrschende Meinung in den Wirtschaftswissenschaften, sondern folgen vor allem den Denkbildern und der Programmatik paleokonservativer Theoretiker.

Die Vertreter der Demokratischen Partei im Kongress, die nunmehr auch die Mehrheit im Repräsentantenhaus stellen, werden den außenhandelspolitischen Kurs voraussichtlich nicht ändern. Traditionell vertreten sie eher protektionistische statt liberaler Positionen in der Außenhandelspolitik. Hinzu kommt, dass ihre Kandidaten gerade in Staaten und Wahlkreisen dann nicht gewählt wurden, wenn sie versuchten, den Präsidenten für materielle Schäden verantwortlich zu machen, die seine Handelspolitik bei Wählern erzeugte. Noch zeigen sich die Trump Wähler trotzig und entschlossen, Opfer zu bringen und gegen ausländische Vergeltungszölle Widerstand zu leisten.

Deshalb sind auch die Versuche des Auslands zunächst fehlgeschlagen, Vergel-

tungszölle gezielt gerade dort wirksam werden zu lassen, wo viele Bürger Trump bzw. Republikaner in Wahlen unterstützen. Zwar zeigen diese Vergeltungsmaßnahmen gegen amerikanischen Protektionismus durchaus Wirkung im Sinne von Wohlstandsverlusten, die im Land unterschiedlich verteilt sind. Aber solange die Wähler dies nicht zum Anlass nehmen, von der Politik Freihandel zu fordern, bleibt diese Strategie des Auslands elektoral erfolglos.

Im Lichte dieses Ergebnisses ist Peter Rudolf zuzustimmen, dass auch Europa seine transatlantische Strategie grundlegend überdenken sollte (Rudolf 2018). Kleinere Erfolge, wie die Vereinbarungen zwischen Kommissionspräsident Juncker und Donald Trump im Juli 2018 (Monitor's Editorial Board 2018; Ross 2018; Ross/ Stabenow 2018; wvp 2018), Zölle vorübergehend auszusetzen, wenn Europa dabei hilft, von Verteilungsfolgen chinesischer Vergeltungsmaßnahmen betroffene Landwirte zu unterstützen, verschafft zwar eine Atempause, ist aber keine tragfähige Grundlage für langfristige transatlantische Handelsbeziehungen.

Literatur

- Abramowitz, Alan I./ Saunders, Kyle L. (2008), 'Is Polarization a Myth?', *The Journal of Politics*, 70 (02): 542-555.
- Aldrich, John H. (2018), Book Review, 'James E. Campbell (2016). Polarized. Making Sense of a Divided America. Princeton, NJ: Princeton University Press,' *Book Review*, 80 (1):E1-E4.
- American Enterprise Institute (2018a), 'Election 2018: What Voters Said', *AEI Political Report*, 14 (10)
- American Enterprise Institute (2018b), 'Karlyn Bowman and Norm Ornstein on the 2018 midterm election results', (online: <http://www.aei.org/multimedia/banter-337-karlyn-bowman-and-norm-ornstein-on-2018-midterm-election-results/>), abgerufen: November 9 2018).
- Antle, W. James III (2017), Trump's Takeover of the GOP, one Year Later, in: *Washington Examiner*, May 3, 2018
- Asmus, Ronald D./ Everts, Philip P./ Isernia, Pierangelo (2005), 'The Transatlantic Gap in Public Opinion' in: Thomas Jäger/ Höse, Alexander/ Oppermann, Kai (Hrsg.), *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 397-424.
- Asmus, Ronald/ Everts, Philip P./ Isernia, Pierangelo (2003), *Power, War and Public Opinion. Thought on the Nature and Structure of the Trans-Atlantic Divide* Washington, DC: German Marshall Fund of the United States.

- Austen, Ian (2018), Midterm Results Leave Canadians Wary Over Fate of Trade Agreement, in: *New York Times*, November 8, 2018
- Brainbridge, Stephen M. (2018), 'Conservative Critiques of Capitalism', *American Affairs*, II (3): 113-125.
- Bramwell, Austin (2018), 'What is Principled Conservatism?', *American Affairs*, II (1): 142-157.
- Buchanan, Pat (2018), 'Are Globalists Plotting a Counter-Revolution', (online: <https://www.chroniclesmagazine.org/are-globalists-plotting-a-counter-revolution/>, abgerufen: October 29 2018).
- Campbell, James E. (2018), *Polarized. Making Sense of a Divided America* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Cimino-Isaacs, Cathleen D. (2018), *U.S. Trade Policy Primer: Frequently Asked Questions*. Congressional research Service R45148 R45148 Washington, DC: Congressional Research Service.
- CNN (2018), 'Exit Polls', (online: <https://edition.cnn.com/election/2018/exit-polls>, abgerufen: November 8 2018).
- Cochrane, Emily (2018a), Leaders From Both Parties Face Pressure in the House, in: *New York Times*, 8. November 2018, F8
- Cochrane, John H. (2018b), 'The trade war to end all trade wars will end in economic carnage', (online: <https://thehill.com/opinion/finance/399657-The-trade-war-to-end-all-trade-wars-will-end-in-economic-carnage>, abgerufen: November 4 2018).
- Cohen, Eliot A. (2018a), 'Trump's Lucky Year', *Foreign Affairs*. 2-9.
- Cohen, Patricia (2018b), What Democratic Control of House Could Mean for Your Wallet, in: *New York Times*, 8. November 2018, F2
- Deudney, Daniel/ Ikenberry, G. John (2018), 'Liberal World. The Resilient Order', *Foreign Affairs*, 97 (4): 16-24.
- Drolet, Jean-François/ Williams, Michael C. (2018), 'Radical Conservatism and Global Order. International Theory and the New Right', *International Theory*, 10 (3): 285-313.
- Dyrberg, Torben Bech (2012), 'Neoconservatism' in: Mark Juergensmeyer/ Anheier, Helmut K. (Hrsg.), *Encyclopedia of Global Studies* Los Angeles, CA: Sage Publications, 1236-1239.
- Fergusson, Ian F./ Davis, Christopher M. (2018), *Trade Promotion Authority (TPA): Frequently Asked Questions*. Congressional Research Service R43491 R43491 Washington, DC: Congressional Research Service.
- Fiorina, Morris P./ Abrams, Samuel A./ Pope, Jeremy C. (2008), 'Polarization in the American Public: Misconceptions and Misreadings', *The Journal of Politics*, 70 (02): 556-560.
- Fiorina, Morris P./ Abrams, Samuel J. (2008), 'Political Polarization in the American Public', *Annual Review of Political Science*, 11 (1): 563-588.
- Frieden, Jeffrey A./ Lake, David A./ Schultz, Kenneth A. (2016), *World Politics. Interests, Interactions, Institutions*, 3rd International Students Edition. Aufl. New York, NY; London, UK: W.W. Norton.
- Guisinger, Alexandra (2009), 'Determining Trade Policy: Do Voters Hold Politicians Accountable?', *International Organization*, 63 (03)
- Heersink, Boris (2018), 'Trump and the Party-in-Organization: Presidential Control of National Party Organizations', *The Journal of Politics*, 80 (4): 1474-1482.
- Heinrichs, Rebecca L. (2018), 'Decisive, Disruptive, and Overdue: The Trump Foreign Policy', (online: <https://www.hudson.org/research/14654-decisive-disruptive-and-overdue-the-trump-foreign-policy>, abgerufen: November 4 2018).
- Ikenberry, G. John (2018), 'The End of Liberal International Order?', *International Affairs*, 94 (1): 7-23.

- Ikensen, Daniel J. (2018), 'Trump's Trade Wars are Incoherent, Angry; and Misguided', Commentary (online: <https://www.cato.org/publications/commentary/trumps-trade-wars-are-incoherent-angry-misguided>, abgerufen: October 24 2018).
- Irace, Mary A./ Nelson, Rebecca M. (2018), *International Trade and Finance: Overview and Issues for the 115th Congress*: Congressional Research Service R44717 R44717 Washington, DC: Congressional Research Service.
- Jackson, James K. (2018), *Trade Deficits and U.S. Trade Policy*: Congressional Research Service R45243 R45243 Washington, DC: Congressional Research Service.
- Johnson, Lauren R./ McCray, Deon/ Ragusa, Jordan M. (2018), '#NeverTrump: Why Republican Members of Congress Refused to Support their Party's Nominee in the 2016 Presidential Election', *Research & Politics*, 5 (1)
- Kamarck, Elaine (2018), 'Trump Endorsed 75 Candidates in the Midterms. How did They Fare on Election Day?', (online: <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/11/07/trump-endorsed-75-candidates-in-the-midterms-how-did-they-fare-on-election-day/>, abgerufen: November 9 2018).
- Katzenstein, Peter J. (2009), 'Mid-Atlantic: Sitting on the knife's sharp edge', *Review of International Political Economy*, 16 (1): 122-135.
- Koloz, Peter (2017), *Conservatives Against Capitalism. From the Industrial Revolution to Globalization* New York, NY: Columbia University Press.
- Lachman, Desmond (2018), 'Econ 101 Predicted Trump Would Widen the Trade Deficit', (online: <http://www.aei.org/publication/econ-101-predicted-trump-would-widen-the-trade-deficit/>, abgerufen: November 4 2018).
- Lambro, Donald (2018), 'Conservatives Say Trade Tariffs Will Kill US Jobs and Ignite a Trade War', (online: <https://townhall.com/columnists/donaldlambro/2018/03/09/conservatives-say-trade-tariffs-will-kill-us-jobs-and-ignite-a-trade-war-n2458900>, abgerufen: November 4 2018).
- Lee, Frances E. (2018), 'The 115th Congress and Questions of Party Unity in a Polarized Era', *The Journal of Politics*, 80 (4): 1464-1473.
- Mansfield, Edward D./ Mutz, Diana C. (2009), 'Support for Free Trade: Self-Interest, Sociotropic Politics, and Out-Group Anxiety', *International Organization*, 63 (03)
- Martin, Jonathan/ Burns, Alexander (2018), A Political Realignment Without a Clear Winner, in: *New York Times*, November 8, 2018, F9
- Mead, Walter Russell (2018), 'The Big Shift. How American Democracy Fails Its Way to Success', *Foreign Affairs*, 97 (3): 10-19.
- Milner, Helen V./ Tingley, Dustin (2015), *Sailing the Water's Edge. The Domestic Politics of American Foreign Policy* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Milner, Helen V./ Tingley, Dustin H. (2011), 'Who Supports Global Economic Engagement? The Sources of Preferences in American Foreign Economic Policy', *International Organization*, 65 (1): 37-68.
- Monitor's Editorial Board (2018), 'Trump enlarges his vision on trade', (online: <https://www.csmonitor.com/Commentary/the-monitors-view/2018/0730/Trump-enlarges-his-vision-on-trade>, abgerufen: August 5 2018).
- Parilla, Joseph (2018), 'How Will Trade Affect Voting in the 2018 Midterm Elections?', (online: abgerufen: November 11 2018).
- Parilla, Joseph/ Bouchet, Max (2018), 'Which US Communities are Most Affected by Chinese, EU, and NAFTA Retaliatory Tariffs?', (online: <https://www.brookings.edu/research/which-us-communities-are-most-affected-by-chinese-eu-and-nafta-retaliatory-tariffs/>, abgerufen: November 11 2018).

- Pearson, Kathryn (2017), 'President Trump and Congressional Republicans: Uncertain Teamwork in the 115th Congress', *The Forum*, 15 (3)
- Peters, Jeremy W./ Dias, Elizabeth (2018), Conservatives See Chance To Advance Core Issues, in: *New York Times*, November 8, 2018, F4
- Pethokoukis, James (2018), 'Trump's Trade War and the Abandonment of American Ideals', (online: <http://www.aei.org/publication/trumps-trade-war-and-the-abandonment-of-american-ideals/>, abgerufen: November 4 2018).
- Politico (2016), 'American's Views on Current Trade and Health Politics', (online: https://www.researchgate.net/publication/313111557_Americans'_Views_on_Current_Trade_and_Health_Policies_Sept_2016, abgerufen: October 31 2018).
- PollingReport.Com (2018), 'International Trade/Economy', (online: <http://www.pollingreport.com/trade.htm>, abgerufen: November 4 2018).
- Ponnuru, Ramesh (2018), 'Trump's Allies Say He Really Wants Free Trade. Fat Chance', (online: <http://www.aei.org/publication/trumps-allies-say-he-really-wants-free-trade-fat-chance/>, abgerufen: November 4 2018).
- Posen, Adam (2018), 'The Post-American World Economy. Globalization in the Trump Era', *Foreign Affairs*, 97 (2): 28-38.
- President of the United States (2017), *National Security Strategy*, The White House, Washington, DC: The White House Press Office.
- Ross, Andreas (2018), Liebe zum Nulltarif, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. Juli 2018, 3
- Ross, Andreas/ Stabenow, Michael (2018), Weniger Drama, mehr Dialog, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. Juli 2018, 6
- Rudolf, Peter (2018), *Nicht allein Trump ist das Problem - Zum Umgang Deutschlands mit den USA*: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 57 Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Siegel, Jacob (2016), 'The Alt-Right's Jewish Godfather', (online: <https://www.tabletmag.com/jewish-news-and-politics/218712/spencer-gottfried-alt-right/?print=1>, abgerufen: October 30 2018).
- Smeltz, Diana/ Kafura, Craig (2018), 'Record Number of Americans Endorse Benefits of Trade', (online: <https://www.thechicagocouncil.org/publication/record-number-americans-endorse-benefits-trade>, abgerufen: November 5 2018).
- Smeltz, Dina/ Daalder, Ivo/ Karl Friedhoff/ Kafura, Craig/ Wojtowicz, Lily (2018), *America Engaged. American Public Opinion and US Foreign Policy*: The Chicago Council on Global Affairs Chicago, IL: (online: https://www.thechicagocouncil.org/sites/default/files/report_ccs18_america-engaged_181002.pdf, abgerufen: October 26, 2018.)
- Stokes, Bruce (2016), 'Republicans, Especially Trump Supporters, See Free Trade Deals as Bad for U.S.', (online: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/03/31/republicans-especially-trump-supporters-see-free-trade-deals-as-bad-for-u-s/>, abgerufen: October 31 2018).
- Stolberg, Sheryl Gay (2018), Voters Choose To Tap Brakes On an Agenda, in: *New York Times*, November 7, 2018, A1
- Streeck, Wolfgang (1992), *Social Institutions and Economic Performance. Studies of Industrial Relations in Advanced Capitalist Economies* London; Newbury Park; New Delhi: Sage Publications.
- The Brookings Institution Falk Auditorium (2018), '2018 Midterm Elections: Results and Implications. Transcript', (online: <https://www.brookings.edu/wp->

- [content/uploads/2018/11/gs_20181108_2018_midterm_results_transcript.pdf](#),
abgerufen: November 13 2018).
- Thiessen, Marc A. (2018), 'Trump is Using Tariffs to Advance a Radical Free-Trade Agenda',
(online: <http://www.aei.org/publication/trump-is-using-tariffs-to-advance-a-radical-free-trade-agenda/>,
abgerufen: November 4 2018).
- Thrush, Glenn/ Rappeport, Alan (2018), Red-State Voters Stand by Republicans Despite the
Pain From a Trade War, in: *New York Times*, November 8, 2018, F9
- Tomasky, Michael (2018), Democrats Need a Rural Strategy, in: *New York Times*, November
8, 2018, A23
- Tonelson, Alan (2018), 'America First at Home and Abroad', *National Interest* (156): 36-46.
- Tuschhoff, Christian (2015), *Internationalen Beziehungen* Konstanz; München: UVK
Verlagsgesellschaft.
- Tuschhoff, Christian (2018), 'Präsident Trump, der Umbau der liberalen
Weltwirtschaftsordnung und die transatlantischen Beziehungen. Eine aktuelle
politikwissenschaftliche Einschätzung', *Aus der Forschung* (1/2018): 1-11.
- Werner, Erica/ DeBonis, Mike (2018), Democrats take House, Breaking Up GOP's Total Control
of Government., in: *Washington Post*, November 7, 2018
- Whiting, Tori K. (2018), 'The Truth about Trade with China', (online:
<https://www.heritage.org/trade/commentary/the-truth-about-trade-china>,
abgerufen:
November 4 2018).
- Wikipedia (2018), 'List of Republicans who opposed the Donald Trump presidential campaign,
2016', (online:
https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Republicans_who_opposed_the_Donald_Trump_presidential_campaign,_2016#U.S._Senators,
abgerufen: October 31 2018).
- wvp (2018), Trumps Zölle zeigen Wirkung bei Trump, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.
Juli 2018, 15
- Zakheim, Dov S. (2018), 'Trump's Perilous Path', *National Interest* (156): 13-21.
- Zingher, Joshua N. (2018), 'Polarization, Demographic Change, and White Flight from the
Democratic Party', *The Journal of Politics*, 80 (3): 860-872.